

Landesdirektion Sachsen	
Anl.	09. Okt. 2013
Abt.: 3	Eingangsnummer: 15128

SÄCHSISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND GEOLOGIE
Postfach 54 01 37 | 01311 Dresden

Landesdirektion Sachsen
Dienststelle Dresden
Stauffenbergallee 2
01099 Dresden

De 10.10.

21.10.

Ihr Ansprechpartner/-in
Rainer Clausnitzer
Durchwahl
Telefon +49 351 2612-2110
Telefax +49 351 2612-2099

Rainer.clausnitzer@
smul.sachsen.de*

Ihr Zeichen
DD-32-0513.20/21-Alter
Hafen

Ihre Nachricht vom
16.08.2013

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
21-3016.40/20/19

Dresden, den 08.10.2013

Planfeststellung für das Bauvorhaben "Neubau eines Terminals für kombinierten Verkehr (KV-Terminal) im Hafen Riesa, Alter Hafen"; Scoping-Termin

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben erhalten Sie die Stellungnahme des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) als Träger öffentlicher Belange.

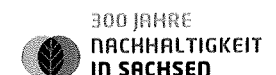
Wir weisen darauf hin, dass im LfULG nur die Belange

- Fluglärm
- Anlagensicherheit / Störfallvorsorge
- natürliche Radioaktivität
- Fischartenschutz / Fisch- und Teichwirtschaft und
- Geologie

Gegenstand der Prüfung sind. Die Prüfung weiterer Belange ist auf Grund fehlender Zuständigkeit nicht möglich.

Wir haben die Prüfung und Einschätzung auf der Grundlage des Inhalts der nachfolgenden Unterlagen vorgenommen:

- [1] Schreiben der LDS, NL Dresden, Frau Uhlmann, vom 16.08.2013
- [2] mit [1] überreichte Unterlagen:
duisportconsult/Ingenieurbüro Vössing: Genehmigungsplanung: „Neubau eines KV-terminals im Hafen Riesa, Alter Hafen“, Erläuterungsbericht vom 06.08.2013
- [3] BIB Bolduan Ingenieurbüro: Baugrundgutachten zum Objekt Hafen Riesa, Neubau Containerterminal Hafen Süd vom September 2008
- [3.1] Geologische Schnitte aus der Beteiligung: Masterplan Riesa-Gröba (2009)



Hausanschrift:
Sächsisches Landesamt für
Umwelt, Landwirtschaft und
Geologie
Abteilung 2
August-Böckstiegel-Str. 1
01326 Dresden

www.sachsen.de/lfulg

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit der Buslinie 63
Haltestelle Pillnitzer Platz

* Kein Zugang für elektronisch signierte
sowie für verschlüsselte elektronische
Dokumente

in 32 - 0513.20/21 - Alter Hafen

- [4] LfULG): Archivunterlagen und Geodatenbank
- [5] Sächsisches Amtsblatt Nr. 48 vom 29.11.2001 – Bekanntmachungen des Sächsischen Landesamtes für Umwelt und Geologie zu Hinweisen zur Vorbereitung und Durchführung von Bohrarbeiten vom 22.10.2001
- [6] Sächsisches Gesetz und Verordnungsblatt Nr. 9 vom 15.06.1999 – Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Abfallwirtschaft und zum Bodenschutz im Freistaat Sachsen vom 20.05.1999 (SächsABG)

1 Prüfungsergebnis

Nach Prüfung der zu vertretenden öffentlichen Belange bestehen aus Sicht des LfULG keine Bedenken gegen das geplante Vorhaben. Eine Beteiligung am Scoping nicht erforderlich.

Es wird jedoch empfohlen, die nachfolgenden Hinweise beim Scoping dem Vorhabenträger und dem Planer zur Kenntnis zu geben.

Die Belange der Vorsorge vor Fluglärm werden vom geplanten Vorhaben nicht berührt.

2 Hinweise der Anlagensicherheit / Störfallvorsorge

Es sind separate Flächen zum Bereitstellen von Containern mit Gefahrgutinhalt einzurichten. Diese Flächen sind so auszugestalten, dass sie den Anforderungen des WHG und der SächsVAwS genügen. Ebenso sind besondere Maßnahmen zur Beherrschung von Schadensfeuern und zum Beherrschen von ungewollten Freisetzungen gefährlicher Stoffe wie z.B. Niederschlagen toxischer oder ätzender Gase / Dämpfe / Aerosole etc. zu treffen. Die Maßnahmen sind mit der jeweils zuständigen Fachbehörde anzustimmen.

3 Hinweise natürliche Radioaktivität

Zum gegenwärtigen Kenntnisstand liegen uns keine Anhaltspunkte über radiologisch relevante Hinterlassenschaften für dieses Plangebiet vor. Zum vorliegenden Vorhaben bestehen daher nach derzeitigem Kenntnisstand keine rechtlichen Bedenken.

4 Hinweise Fischartenschutz / Fisch- und Teichwirtschaft

Die Belange des Fischartenschutzes werden bei der Realisierung des Vorhabens nicht direkt berührt. Bei Gewährleistung der allgemeinen Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Oberflächengewässer vor Verschmutzung bestehen fischereifachlich keine Bedenken gegen die Durchführung.

5 Hinweise Geologie

Allgemeine planungsrelevante Hinweise mit geologischem Belang:

Rohstoffgeologische Belange		
Rohstoffvorrang-Gebiete	Nicht betroffen – keine Beteiligung am Scoping erforderlich	
Hydrogeologische Belange – Beteiligung am Scoping nicht erforderlich		
Altlastenverdachtsflächen (<i>Auskünfte dazu erteilt die zuständige Abfallbehörde bzw. das Kreisumweltamt</i>)	<ul style="list-style-type: none">• Überwachung durch Grundwassermonitoring,• Vermeidung einer Mobilisierung mglweise im Untergrund vorhandener Schadstoff im Zuge der Baumaßnahmen	<ul style="list-style-type: none">• Erhalt aller vorhandenen Grundwassermessstellen• Gewährleistung eines Zugangs zu allen Messstellen• Darstellung entsprechender Vorkehrungen und Vermeidungsstrategien
Ingenieurgeologische Belange - Beteiligung am Scoping nicht erforderlich		
Geogefahrenbereiche	Überschwemmungsgebiet der Elbe	Vorkehrungen gegen Auftrieb bei Grundhochwasser
Baugrund	Die Baugrundsituation wurde im Rahmen der Beteiligung am Masterplan Riesa-Gröba anhand von Schnitten dargestellt, die dem Bauamt der Stadt Riesa übergeben wurden.	Es liegt eine Baugrunderkundung (BIB Bolduan Ingenieurbüro) aus dem Jahr 2008 und eine Dokumentation zur Durchführung von Versuchsfeldern zur Ermittlung der Stärke des notwendigen Bodenaustausches aus dem Jahr 2010 vor.

Weiterführende Baugrunduntersuchungen

Im Vorfeld der weiteren Planung wird empfohlen ein Ergänzungsgutachten für die Standorte der Portalkräne erstellen zu lassen, auf die im Baugrundgutachten von BIB nicht eingegangen wurde. Die Darstellung der > 7 m mächtigen Auffüllung im Bereich des östlichen Portalkranes (RKS 11/BG 21 und RKS 12/BG 21) im Schnitt A- A' in [3] erscheint nach den uns vorliegenden Altunterlagen nicht plausibel.

Insbesondere vor dem Hintergrund fehlender Aussagen zur Gründung und Baugrundverbesserung in [2] und der inhomogenen Zusammensetzung und Tiefenausdehnung der Auffüllungen.

Empfehlenswert wäre, die Lage der Portalkräne auch im Schnitt des Baugrundgutachtens kenntlich zu machen, um nähere Rückschlüsse anhand der bereits geteufte Bohrungen/Rammkernsondierungen vornehmen zu können.

Eine Umsetzung der Ergebnisse der Versuchsfeldauswertung zur Verbesserung der Tragfähigkeit finden sich im Erläuterungsbericht in [2] bisher nicht wieder.

Unter Punkt 10.2 in [2] ist eine Anhebung des Geländes um 0,5 m aus Gründen der Bauvorsorge angedacht. Allerdings geht aus den Ausführungen nicht hervor, ob diese Geländeanhebung zugleich als Polster zur Baugrundverbesserung und Tragfähigkeits-erhöhung genutzt werden soll. Aussagen hierzu wären zum besseren Verständnis sehr nützlich.

Geotechnische Erkundungen und Untersuchungen nach DIN EN 1997-2, DIN EN 1997-2/NA und DIN 4020 sind Voraussetzung für die Sicherheitsnachweise nach DIN EN 1997-1, DIN EN 1997-1/NA und DIN 1054.

Werden im Zuge der fortschreitenden Planung oder der Bauausführung Untersuchungen mit geologischem Belang durchgeführt, wird darauf hingewiesen, dass

- für die Durchführung von Bodenaufschlüssen gemäß [5] Bohranzeige- und Bohrergebnismittelungspflicht gegenüber der Abteilung 10 (Geologie) des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie besteht,
- Ergebnisse von geologischen Untersuchungen (z. B. Baugrundgutachten), welche von der öffentlichen Hand in Auftrag gegeben werden bzw. dieser vorliegen gemäß § 11 SächsABG (Geowissenschaftliche Landesaufnahme) in [6] stets der Abteilung 10 (Geologie) des LfULG zu übergeben sind.

Grundwassermonitoring

Im unmittelbaren Vorhabensgebiet sowie in unmittelbar angrenzenden Bereichen befinden sich Altlastenverdachtsflächen, die mittels Grundwassermonitoring einer Überwachung unterliegen [2]. Im Rahmen der anstehenden Baumaßnahmen ist eine Mobilisierung etwaig im Untergrund vorhandener Schadstoffe und Eintrag dieser in das Grundwasser zu vermeiden. Die zur Grundwasserüberwachung existierenden Grundwassermessstellen sind vorerst komplett zu erhalten und der Zugang zu diesen für Probenahmen und Grundwasserstandsmessungen ist im Rahmen der Bautätigkeit und des späteren Betriebs des Hafenterminals zu gewährleisten. Inwieweit im Rahmen der Ausführungsplanung über einen Rückbau existierender Messstellen entschieden werden kann, ist erst nach Vorlagekompletten Berichte zum Grundwassermonitoring der Fa. INTERGEO Umwelttechnologie und Abfallwirtschaft GmbH im Auftrag der SBO GmbH zu entscheiden.

Sollten sich im Rahmen der weiteren Planungen der durchzuführenden Arbeiten Eingriffe in das Grundwasser als notwendig ergeben (z.B. i.F. temporärer Grundwasserhaltungen), so sind diese in den weiterführenden Planunterlagen eindeutig nach den allgemein gültigen Regeln der Technik zu beschreiben und ihre Auswirkungen und das Schutzgut Grundwasser darzustellen. Entsprechende wasserrechtliche Erlaubnisse sind einzuholen.

Mit freundlichen Grüßen


i.V. Angelika Drohm
Sachbearbeiterin